

Vorwärts

Veranschaulichungen und Anzeigenpreise
sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cindencstraße 3
Zentraldruck: Dönhofs 282 - 287
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Verlag und Anzeigenabteilung:
Cindencstraße 3-5 Uhr
Verleger: Dornhofs-Verlag GmbH.
Berlin SW. 68, Cindencstraße 3
Zentraldruck: Dönhofs 282 - 287

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Erwerbslose und Hohenzollern.

Unzulängliche Erwerbslosenunterstützung - aber Millionen für die Hohenzollern.

Im sozialen Ausschuss des Reichstages wurde heute morgen über die vorliegenden Anträge betreffend die Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung abgestimmt. Der kommunistische Antrag auf eine 100prozentige Erhöhung wurde gegen die Antragsteller abgelehnt, ebenso der sozialdemokratische Antrag auf 50 Prozent Erhöhung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und Sozialisten. Der demokratische Antrag auf 33 1/2 Prozent Unterstützung fand auch nur die Unterstützung der Linksparteien, während der zentralistische Antrag auf 30 Prozent Erhöhung verworfen wurde. Alsdann trat der Ausschuss in die Beratung der Kurzarbeiterunterstützung ein.

Nach kurzer Beratung beschloß der Ausschuss, die Anträge betreffend die Erhöhung der Kurzarbeiterunterstützung zur näheren Prüfung einem Unterausschuss zu überweisen.

Der AbfindungsSkandal.

Getretenes Schweigen der Reichspresse.

Die Schätzungen, wie hoch die Abfindung der Hohenzollern zu bewerten seien, gehen in der Öffentlichkeit sehr weit auseinander. Das liegt zu einem Teil daran, daß es heute überhaupt sehr schwer ist, den Marktwert solcher Immobilien zu bestimmen. Das ändert aber nichts daran, daß diesmal die ganze Öffentlichkeit sich darüber im Klaren ist, daß das Vermögen, das den Hohenzollern zufallen soll, ein Objekt von ungeheurer Ausmaße ist und daß angesichts der allgemeinen Verarmung unseres ganzen Volkes das Verlangen nach Auslieferung von nicht weniger als 200 000 Morgen von Schlössern und wertvollsten sonstigen Besitz und von 30 Millionen barem Gelde eine Provokation der Gesamtbewölkerung ist. Natürlich ist die Form der Abfindung eine sehr verschiedene, je nach der Parcellierung des betreffenden Blattes. Nichts kennzeichnet aber die Einmütigkeit der öffentlichen Meinung so deutlich, als die vorläufige und zurückhaltende Art, mit der das frühere und jetzige Leitblatt der Hohenzollern, der "Vater-Anzeiger", den sogenannten "Vergleich mit dem ehemaligen Königshaus" behandelt. Selbst in den Redaktionsstuben reaktionärer Blätter hat man offenbar das Empfinden, daß man der eigenen Vorkriegszeit nur mit äußerster Vorsicht bei der Berichterstattung über diesen Skandal entgegenzutreten darf. All die Entertainer, durch die Inflation ihres Vermögens beraubten Schichten des früher reichlich stützenden Bürgertums werden mit Recht einen Unterschied machen zwischen der Aufwertung, die die Reichsregierung ihnen bewilligt hat, und der Aufwertung, die die Hohenzollern, gestützt auf eine skandalöse Rechtsprechung in Deutschland, jetzt für sich erzielen wollen.

In der Besprechung, die der "Sozial-Anzeiger" dem Vergleich widmet, wird die preussische Regierung, deren Finanzminister die Verhandlungen auf Grund der bisherigen Prozedurenentscheidungen hat führen müssen, vor den eigenen Verfehlungen gewissermaßen entschuldigt. Der preussische Finanzminister, Hoepfer-Wschoff, hat bekanntlich immer wieder darauf hingewiesen, daß er nur unter dem Zwang der Verhältnisse überhaupt zu dem vorliegenden Vergleich gekommen ist. Er hat betont, daß das Reich die Länder mit dieser wichtigen Frage bisher vollkommen in Stich gelassen hat. In der Tat hat die preussische Regierung bei der Beratung des Aufwertungsgesetzes den Antrag gestellt, daß die Aufwertung solcher Forderungen, die auf öffentlich-rechtlicher Grundlage entstanden sind, nur in der gleichen Höhe der Aufwertung der Anteile erfolgen solle. Diesen Antrag hat der Reichsrat seinerzeit zugestimmt, der Reichstag hat ihn aber abgelehnt. Wäre er Gesetz geworden, dann wäre es möglich, z. B. die unerschämten Ansprüche der ehemals souveränen Fürstenhäuser, wie Solms-Solms, Hessen-Rasselau usw. bis herunter zu den Grafen von Buxtehude rundweg abzulehnen. Diese verdienstvollen Mitbürger verlangen jetzt vom preussischen Staat eine hundertprozentige Aufwertung ihrer früher von Preußen gewährten standesgemäßen Leibrenten, die ihnen als Entschädigung für die Annullierung durch Preußen gezahlt wurden. Davon abgesehen, hat aber die preussische Regierung sich darauf beschränkt, der Entwertung der Dinge im Reichstag zuzusehen. Das Schicksal des sozialdemokratischen Antrags auf reichsrechtliche Regelung der Abfindung, der vor Jahren gestellt wurde, hat sie veranlaßt, die Hände mehr oder minder in den Schoß zu legen. Es ist aber mindestens nicht ausgeschlossen, daß eine energische Gegenwehr der preussischen Regierung bei der Reichsregierung und schließlich auch im Reichstag nicht doch ein Echo gefunden hätte.

Heute hat sich dieses Echo zweifellos eingestellt. Die Öffentlichkeit lehnt einen solchen Vergleich, wie ihn die Hohenzollern mit Hilfe der ihrer Auffassung dienstbaren Gerichte erzwingen wollen, ab. Es liegt am Reichstag, ob er dieser Stimme der Öffentlichkeit jetzt endlich Rechnung tragen will. Niemand wird es verstehen, daß eine Kabinettsordre aus dem Jahre 1842 die Rechtsgrundlage dafür abgeben soll, was als "Privatbesitz" der Hohenzollern anzusehen ist. Das Recht auf Dankbarkeit hat sich der wegelaufene König selber verschert. Als Zeugen dafür brauchen wir nur die "Tägliche Rundschau" zu zitieren, die der Linkspresse folgenden Vorwurf macht:

"Sie versteht sich vortrefflich darauf, was Ländereien wert sind, nicht auf die Schätzung dessen, was das Deutsche Reich dem Hause Hohenzollern bis zum Jahre 1888 verdankt."

Wenn der Gesichtspunkt der Dankbarkeit maßgebend wäre, — und für Wilhelm II. also verlangt nicht einmal die schmarzweißrote "Tägliche" noch Dank — dann hätte das Reich zunächst einmal Verpflichtungen gegenüber den Millionen Auslandsdeutschen, die im Kriege ihr Vermögen in Feindesland verloren haben, es hätte die Verpflichtung, den Opfern der Inflation eine onständige Aufwertung zu leisten. Hier hat man rücksichtslos zugriffen. Staatsnotwendigkeiten vorgeschützt und die Leistungsfähigkeit des Staates als maßgebend für die Grenze der Verpflichtung angeführt. Beim angeblichen "Privatbesitz" des Königshauses handelt es sich zunächst einmal darum, daß die Freiheit, mit der die Hohenzollern vor hundert Jahren selber darüber entschieden haben, was sie als "Privatbesitz" bezeichnen wollten, unmöglich Rechtsgrundlage für heutige Aufwertungen sein kann. Es handelt sich weiter darum, daß eine Abfindung von solch ungeheurer Ausmaße nicht nur eine Verhöhnung des Volkes, sondern ein nicht wieder gutzumachender Schaden für das Ansehen des Staates in der ganzen Welt sein würde. Alle Welt würde über ein Volk lachen, das seinem davon gelaufenen Fürsten hunderte von Millionen nachwirft und das solche Würdelosigkeit mit Kabinettsordern aus dem Vormärz von seinen Juristen begründen läßt. Der Reichstag hat es in der Hand, diesen Skandal zu verhindern. Er möge sich nicht über die Stimmung der Volksmassen täuschen; er könnte sonst bei einem Appell ans Volk sein Wunder erleben.

Die Tragikomödie des Matteotti-Prozesses.

Die direkten Werkzeuge Mussolinis enthaftet.

Rom, 2. Dezember. (WIB.) Der Untersuchungsrichter hat heute im Prozeß Matteotti einen Entschluß gefaßt, demzufolge Dumini, Volpi, Viola, Poveromo und Malacra als Täter oder Helfershelfer bei der Ermordung des sozialistischen Abgeordneten Matteotti von dem Schwurgericht in Rom abgeurteilt werden sollen. Gegen alle anderen Angeklagten wird das Verfahren eingestellt. Sie sind im Laufe des Dienstag Abends in Freiheit gesetzt worden, darunter auch der frühere Presschef Cesare Rossi, der frühere Geschäftsführer der faschistischen Partei Giovanni Marinelli, der Journalist Filippelli und der österreichische Staatsangehörige Thierwald. Der Journalist Kaldi, gegen den das Verfahren ebenfalls eingestellt ist, befindet sich bereits seit längerer Zeit in Freiheit.

Rom, 2. Dezember. (WIB.) Die Blätter veröffentlichen heute früh seltenen Auszüge aus der Anklageschrift im Matteotti-Prozeß. Selbstverständlich bringen nur die Regierungsblätter Betrachtungen, die sich meist gegen den Forderung der Opposition und gegen die politische Ausschlochtung der Ermordung Matteottis richten. Der "Messaggero" schreibt, der Mord Matteottis war nicht vorbedacht und erfolgte nicht auf Grund einer Kredite. Die Tat wurde lediglich durch zufällige Umstände herbeigeführt, als versucht wurde, den Abgeordneten Matteotti festzunehmen und ihn einige Tage von der Parlamentsdebatte fernzuhalteten (!)

Jetzt, wo die gesamte unabhängige Presse Italiens erdroffelt ist, kann es Mussolini wagen, die Durchpeitschung dieser Justizkomödie vorzunehmen. Seine unmittelbaren Werkzeuge Rossi, Filippelli und Marinelli werden in Freiheit gesetzt, über die anderen wird ein Schwurgericht unter faschistischem Strafenterror "urteilen", wobei schon jetzt verabredet ist, daß die Angeklagten die eigentliche Schuld auf einen Komplizen schieben werden, der mit Hilfe der Mussolini-Regierung längst ins Ausland abgeschoben wurde.

Sogar die deutsche Justiz kann von der italienischen noch etwas lernen.

Währungs-katastrophe in Polen.

Einberufung des Parlaments gescheitert.

Warschau, 2. Dezember. (WIB.) Der gestrige stürmische Rückgang des Zloty veranlaßte die radikale Bauernpartei Wyzwolenie, in einem Schreiben an den Sejmpräsidenten die sofortige Einberufung des Landtags zu verlangen, um die Regierung zu bestimmen, über die volutarische Lage Bericht zu erstatten. Die gegenwärtige Lage, so heißt es in diesem Schreiben, nehme katastrophale Formen an. Der Dollar sei auf 12 Zloty gestiegen und die Paull steigere sich von Stunde zu Stunde, ohne daß von maßgebender Seite auch nur die Ankündigung einer Abhilfe erfolgt wäre. Dieser Stand der Dinge sei unerträglich. Es dürste keine Stunde länger geduldet werden, um den gegenwärtigen katastrophalen Verhältnissen zu steuern.

Polen hat keine Inflation, neue Zlotynoten werden nicht gedruckt, trotzdem fällt die Währung immer rascher. Der Zloty stand bei seiner Schöpfung dem Schweizerfranken an Wert gleich, ein Dollar kostete 5.18 Zloty. Die schwere dauernde Wirtschaftskrise, der Abwismangel der Industrie hat die Währung so heruntergedrückt.

Fürstliche Dolchstöße.

Kronen- und Länderschacher im Weltkrieg.

Vor wenigen Tagen hat Dr. Victor Raumann dreißig Porträtskizzen von führenden Männern und Frauen des Weltkriegs unter dem Titel "Profile" in dem Verlag von Dunder und Humblot (München und Leipzig) herausgebracht. Dr. Raumann ist überzeugter Monarchist. Er befürwortete vor dem Zusammenbruch des November 1918 eindringlich eine radikale Reform der veralteten, bereits müßig gewordenen Einrichtungen des obrigkeitlichen Staats in Deutschland; seine Seele lebt aber heute noch in den alten Schlössern der Hohenzollern, Habsburger und Wittelsbacher. Die Gefinnung eines Untertans hat Raumann allerdings abgeworfen, und er redet frei von der Leber weg, wenn auch dann und wann in etwas gedämpftem Tone.

Eine Skandalgeschichte sondergleichen spielte sich vor der Novemberrevolution an den deutschen Höfen ab, als diese über dem halberbluteten Volke hinweg die Hände nach den Fürstentronen der russischen Randstaaten ausstreckten. In diesen Tagen ist Dr. Raumann vielfach der Berater deutscher Fürsten gewesen, und er hat deshalb tief in die Karten der fürstlichen Länderschacherer geschaut.

Da erhielten sich die Gottesgnadenmonarchen zuerst über Polen, und die polnische Frage warf nach Raumann den Erisapfel zwischen Deutschland und Oesterreich:

Welche Staaten konnten keine Lösung finden, die ihnen gleichmäßig willkommen war, und so bestand ein Königreich ohne eigentliche Verfassung, ohne feste Grenzen, ohne Monarchen. Ein einzigartiges Gebilde in der menschlichen Geschichte, eine staatsrechtliche Mißgeburt! Es ist ja bekannt, daß man in Oesterreich anfänglich in irgendeiner Form Kaiser Karl die Krone Polens verschaffen wollte, aber um sie zu erlangen, hätte man von Polen zu große Stücke abschneiden müssen, die an uns gefallen wären. Dann sollte wieder Erzherzog Karl Stephan oder sein Sohn in Warschau residieren, in einem Polen, das durch eine Allianz und Militärkonvention mit uns und Oesterreich verbunden war. Aber auch andere Pläne tauchten auf; erst dachte man in Berlin den Prinzen Leopold von Bayern zum König zu machen, er lehnte aber sofort ab. Manche sprachen von einem sächsischen Prinzen. . . . Ja es gab sogar einige, die den Fürsten von Targis, der ja in der Provinz Polen großen Besitz sein eigen nannte, zum Herrscher machen wollten, weil der Reichthum des Fürsten die Polen von der Verpflichtung entband, ihm eine große Biwulle zu geben."

Ein lebhafter Streit entbrannte dann unter den gekrönten Häuptern um Elsaß-Lothringen. In Berlin haite man die Seelen der Elsaßer immerhin soweit ergründet, daß man doch endlich begriff, die Elsaßer wollten keinen preussischen Prinzen zum König haben:

„Und ebenso waren die Süddeutschen Staaten fest entschlossen, Preußen nicht nach Süddeutschland ziehen zu lassen. Auf der anderen Seite erklärte man in Berlin, die Grenzmacht läge am besten in den Händen des größten Bundesstaates; dieses Argument erbitterte gerade in München sehr. Es kam dann die Idee auf, die Reichslande zu teilen, Lothringen an Preußen zu geben, das Elsaß an Bayern; doch gegen diese Vergrößerung Bayerns erhoben wieder Württemberg, Sachsen und Baden ihre Stimme und verlangten, das Gleichgewicht unter den Bundesstaaten müsse erhalten bleiben. Wenn Bayern das Elsaß erbielte, sei Süddeutschland tatsächlich bayerisch. Ein höchst unglücklicher Gedanke war der andere: Lothringen fällt an Preußen, das Elsaß wird zwischen Baden und Bayern geteilt, und Württemberg empfängt als kleines Pflaster die hohenzollernschen Lande. Eine Zeitlang schien es, als habe man in Berlin sich mit dem bayerischen Besitz des Elsaßes abgefunden, und schon triumphierte man in München, als plötzlich mit Graf Hertling sagte: „Baden und Württemberg werden von Berlin erinnert, Einspruch zu erheben, man treibt dort eine „Folter mit doppeltem Boden“. Ich glaube, Hertling hat sich geirrt. . . ."

Nach der Niederwerfung Rumäniens dachte man in Berlin an die Absetzung des rumänischen Königshauses. In Berlin betrieb man einige Zeit die Erhebung des Landgrafen von Hessen, eines Verwandten Wilhelms, zum König von Rumänien!

Der Fürst von Wied behauptete sein „gutes Recht" auf Albanien in einer Denkschrift, deren Einbandblatt mit den albanischen Farben ausgestattet war.

Wilhelm II. bemühte sich, Herzog von Kurland zu werden. Wilhelm trat einem anderen Kronpräsidenten, dem Herzog Adolf Friedrich von Mecklenburg, der sich schon große Hoffnungen auf den Herzogshut gemacht hatte, sehr brüsk entgegen. „Er war", so erzählt Raumann, „am Frühstück beim Kaiser gewesen, und der Kaiser hatte ihm ausgetrunken und gesagt: Auf das Wohl Kurlands, in dem ich und kein anderer Herzog werden wird."

Im katholischen Bitten lebte auch zuerst der Anspruch der Hohenzollern auf die slavische Königskrone auf. Später triffen die Weillner in Sachsen nach dieser Krone, „weil Sachsen Kararbesitz haben wollte". Dann rührten sich schlesische Agenten für den Herzog von Uraa — doch Berlin erkannte die Wahl dieses Fürsten nicht an.

Es ist gut, so meint Raumann, „daß die Ideen, die wir damals hatten, nicht zur Ausführung gelangt sind, und es ist zu bedauern, daß wir sie damals hatten. Sie haben uns in der Welt geschadet."

Sie haben aber auch im eigenen Lande wie Dolchstöße gewirkt. Das Volk, das sich hungern und frieren nach Frieden sehnte, erkannte, daß es im Osten zu keinem wirklichen Verständigungsfrieden kommen konnte, da sich ja

Seine Bundesväter um die Kronen der russischen Randstaaten raufen. Die Kriegsbegeisterung mußte in weiten Volkskreisen schwinden, wenn diese sahen, sie blühten für den Kronen- und Länderewerb der deutschen Fürsten.

Die Erinnerung an die Vorgänge von damals hat heute mehr als nur historisches Interesse. Die Zeiten haben sich geändert, die Charaktere sind unverändert geblieben. Statt neue Kronen zu erwerben, verloren die Fürsten durch ihre Schuld auch die alten. Aber das Schachern haben sie nicht aufgegeben. Nicht aufgegeben haben sie die Vorstellung, daß sie dazu da sind, im Glanz des Reichtums zu prunken, während die Masse des gemeinen Volkes für sie zu schanzeln und zu kronen hat. Ging's einst um Kronen, so geht es jetzt um Millionen.

Deutschland muß nur die Fürsten kennen — dann bleibt es Republik!

London und die Deutschnationalen.

Zurück an die Futterkrippe — marsch, marsch!

Die Unterzeichnung der Locarno-Verträge in London hat in der deutschnationalen Presse der Reichshauptstadt nicht das einheitliche Echo erweckt, auf das man bei einem so wichtigen Ereignis rechnen konnte. Ist es nicht eigenartig, daß drei führende deutschnationale Blätter mit keiner Zeile den gestrigen Tag besprechen? Weder in der „Kreuzzeitung“, noch in „Vokal-Anzeiger“, noch in „Tag“ wird zu der Tatsache der Unterzeichnung oder zu den ausgetauschten Reden Stellung genommen. Wo bleibt da der laut und pathetisch verkündete wilde und rastlose Kampf gegen den „Verrat an deutschem Lande“, gegen das „dritte Versailles“? Der „Verrat“ ist nun feierlich vollzogen worden, das „dritte Versailles“ unterzeichnet und besiegelt — und drei führende deutschnationale Blätter schweigen dazu?!

Es hat fast den Anschein, als ob mit diesem Schweigen eine bestimmte Taktik verfolgt würde. Der bramarbasierende Kampf der Deutschnationalen gegen das Werk von Locarno in den letzten Wochen war also nur zur Beruhigung und Irrführung der rebellierenden Parteifreunde auf dem Lande bestimmt. Jetzt gilt es, so schnell wie möglich wieder in die Regierung zurückzukehren. Dieser Eindruck wird bekräftigt durch die Kommentare des einzigen Blattes, das zu dem Unterzeichnungsakt von London ausfuhrlich Stellung nimmt, der „Deutschen Tageszeitung“. Dort wird vom „Kampf der Rechten“ gegen Locarno nur noch in der Vergangenheit gesprochen. Aber die Schlusssätze des Artikels, die sich auf die Zukunft beziehen, lassen keine Spur von Kampfwillen vermissen. Im Gegenteil: man stellt sich wieder einmal auf den bewußten Boden der gegebenen Tatsachen:

„Aber wie dem auch sei, Locarno ist unterschrieben, wenn auch bis zum Völkerbundseintritt Deutschlands noch nicht in Kraft. Mit dieser außenpolitischen Tatsache von großer Tragweite haben wir zu rechnen, einerlei, wie man zum Vertrag selbst steht. Eine Hauptaufgabe der Zukunft auf außenpolitischem Gebiete ist es, diejenigen Schichten und politischen Kreise im deutschen Volk, deren geistige Einstellung sie für eine entschiedenen nationalen Politik zugänglich macht, über die Parteien hinweg zu sammeln, auf einfachen, klaren nationalen Linien ein gemeinsames Ziel rechtzeitig festzulegen und die aus solcher Willenskonzentration erwachsende Kraft politisch nutzbar zu machen, um die Gefahren des Locarno-Paktes zu mildern, alle Möglichkeiten auszunutzen und damit trotz allem die Durchführung einer wahren deutschen Befreiungspolitik anzubahnen.“

Sieh mal an! Noch keine Woche ist verstrichen, seitdem die Deutschnationalen erklärten, sie würden niemals die Rechtsgültigkeit der Locarno-Verträge anerkennen. Jetzt muß man „mit den Tatsachen rechnen“, „die Kräfte sammeln“ und „jede Möglichkeit ausnutzen“. E finita la comedia! Die Ablehnungssposse ist beendet. Jetzt beginnt

wieder die parlamentarische Kasse-Abrechnung, um sich so schnell wie möglich wieder in einer Bürgerblockregierung zu „sammeln“ und das jah unterbrochene Werk der Ausplünderung des deutschen Volkes zugunsten der Agrarier, Schlotbarone und Fürstenhäuser fortzusetzen. Auf Luthers Hilfe kann man sich dabei verlassen. Er hat zwar seinen Rücktritt mit der Begründung versprochen, daß „die neue Regierung so gebildet werden müsse, daß sie auch innerlich zu dem neuen internationalen Vertragswerk stehe“. Aber es wird gerade Herrn Luther nicht schwer fallen, zu beweisen, daß die Deutschnationalen innerlich für Locarno seien, zumal sie neun Monate lang die Paktspolitik mitgemacht hätten.

Und dann wird alles wieder beim alten sein. Oder etwa nicht? Wird Herr Stresemann, der noch vor vier Tagen in einer Beilage der heute so schweigsamen „Kreuzzeitung“ als „schlimmer als ein Raubmörder“ bezeichnet wurde, sich einen Ruck geben und für sich und seine Partei die Zusammenarbeit mit den deutschnationalen Heuchlern ablehnen? Wird das Zentrum so viel Selbstgefühl aufbringen, dieses von den Herren Luther und Westarp geplante Satyrspiel zu durchkreuzen und zu seinen Kasseler Beschlüssen zu stehen? Wir werfen diese Fragen lediglich auf, ohne sie zu beantworten, weil uns die Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit skeptisch gestimmt haben.

Heke.

Schonem wir keinen!

Die Wöllischen wollen die Heke erneuern, die Erzberger und Rathenau das Leben gestohlet hat. Die „Reckenburger Warte“ stellt ein Programm dieser Heke auf. Sie richtet sich in erster Linie gegen Stresemann, „Betrüger und Betrüger, Dummheit und Erbärmlichkeit deutschen Narrentums“ — das sind die Töne, die ein gewisser Adolf Viktor von Koerber in einem „Kampf“ überschriebenen Artikel der „Reckenburger Warte“ gegen ihn gebraucht. Dann heißt es weiter:

„Wir treten in den Kampf ein um Tod und Leben! Es kann ein siebenjähriger, es kann ein dreißigjähriger Krieg werden, bis die Entscheidung fällt. Noch ist unsere eigene Rüstung schwach. Zwar liegen die Waffen vor uns in unserem Arsenal, scharfe, tödliche, siegersprechende Waffen. Wir könnten dem Gegner Schlachten schlagen und gewaltige Niederlagen bereiten, Tag für Tag. Nur müssen wir auch Tag für Tag das Waffenhandwerk üben! In einem Geiste voll Haß und letzten Entschluß.“

„Werfen wir die Brände des Zweifels hinüber in das gegnerische Lager. Schonem wir keinen mehr vor drüber den führenden volksverführenden Männern. Sprechen wir tagtäglich zu den Verführten des großen Lagers in Tatsachen und Aufrufen von einer Sprache und Eindeutigkeit, die gehört werden, die wirken muß!“

Die Heke soll keinen verschonen, weder Stresemann, noch Luther, noch Hindenburg. Sie soll so betrieben werden, daß sie wirken muß. Man weiß, wie sie wirkt — Erzberger, Rathenau!

Es ist der Geist der in Mecklenburg wirkenden politischen Feme, der aus dieser Heke spricht. Sie bleibt nur im Bilde, wenn sie gleichzeitig Ludendorff, den „Obersten Führer, den heidnischen der Heiden“, als „Gerrichts herr bezeichnet. Eine Clique voll Haß und Mordgesinnung will die Heke erneuern, und Ludendorff ist ihr Haupt — der Anführer der Mordgesellen.“

Protest gegen die Mordheke.

Erklärung des Hilfsbundes für Elsaß-Lothringen.

Zeitungsnotizen zufolge hat das Mitglied des bayerischen Landtages Bergamterdirektor Adolf Wagner im Bayerischen Landtag anlässlich der Locarno-Debatte sich geäußert, er könne es verstehen, wenn ein ausgewiesener Elsaß-Lothringischer Stresemann über den Haufen geschrien würde. Der Hilfsbund für die Elsaß-Lothringer im Reich, die berufene

Organisation der aus Elsaß-Lothringen Vertriebenen darf wahrlich nicht auf das entschiedenste gegen eine Unterstellung, als würden sich vertriebene Elsaß-Lothringer zu einer solchen Verabreichungswürdigen Tat bereit finden. Die im Hilfsbund für die Elsaß-Lothringer im Reich organisierten Vertriebenen begen den heißen Wunsch, daß es unserm deutschen Vaterlande gelingen möge, in Frieden, Ruhe und Ordnung seinen Wiederaufstieg fortzusetzen. Nur auf diesem Wege wird es auch den von Haus und Hof vertriebenen Elsaß-Lothringern, die bisher für den Verlust ihrer Habe und ihrer Existenz vom Reich nur völlig ungenügend entschädigt worden sind, gelingen, wieder zu einer Heimatl und zu einer Existenz zu kommen.

Die Edelsten der Nation.

Ein Duellprozess in Hinterpommern.

In das Treiben gewisser rechtsradikaler Kreise leuchtet ein Prozess hinein, der gegenüberlich vor dem Landgericht in Stolp geführt wird. Dort steht der Rittergutsbesitzer von Sonnig mit seinen „Standesgenossen“ von Welber, von Birch, Hewelke, Zinders, dem früheren Staatsanwalt von Könen und dem Major Kraft von Ramin vor den Geschworenen, sämtlich angeklagt wegen Zweikampfs mit tödlichen Folgen und wegen Kartelltragens, von Sonnig außerdem wegen Zweikampfs mit tödlichem Ausgang. Sonnig hatte mit Welber, Birch und Hewelke im Sommer dieses Jahres ein Duell auf Pistolen und am gleichen Morgen ein viertes Duell mit einem Gutsbesitzer von Kohl, den er tödlich verlegte.

Die Ursache dieses Zweikampfs lag in politischen Auseinandersetzungen. Die Führer der pommerschen Agrarier sind zum großen Teil völkisch-putschistisch gesinnt und sammeln auf ihren Gütern, wie ihre Kollegen in Mecklenburg und Ostpreußen, die Putschbanditen als sogenannt „Landarbeits“. Sonnig soll sich mit einigen anderen gegen diese Bandenbildung gewehrt und jede Unterstützung für sie abgelehnt haben. Die Folge war, daß man Sonnig in seinen Kreisen boykottierte und ihn durch Schikane und Drohungen einzuschüchtern drohte. Schließlich wollte man ihn als ehemaligen Gardeoffizier in der „Gesellschaft“ unmöglich machen, indem man ihn verprügelte.

Bei Gelegenheit einer Jagdgemeinschaft bei einem Gutsbesitzer im Lauenburger Kreise stellte man Sonnig, provozierte ihn und sie dann gemeinsam über ihn her. Darauf sandte der Verprügelte den Hauptbeteiligten die Forderung zum Duell. Diese suchten zunächst zu freieren und behaupteten, Sonnig sei nicht „satisfaktionsfähig“, weil er nicht national denke und revolutionär sei. Mehrere Ehrengerichte von ehemaligen Offizieren stellten aber die „Satisfaktionsfähigkeit“ des Verprügelten fest und darauf fand am frühen Morgen des 3. Juli in der Nähe des Schützenhauses von Stolp der vierfache Zweikampf statt. Bei dem vierten Kampfe wurde Kohl in den Oberschenkel getroffen, der Schuß verlegte eine Schlagader, so daß der sofortige Tod die Folge war.

Der Gericht verweigert die Angeklagten zunächst jede Auskunft über die Ursachen des Streifalles, wie Sonnig hinzusetzte, um nicht „neuen Haß“ aufkommen zu lassen. In Wirklichkeit will man jedoch nicht vor der Deffektivität die Bandenbildungen erklären und die Aufmerksamkeit auf Dinge lenken, die schließlich selbst den so nachsichtigen Oberreichsanwalt interessieren könnten.

Das Gericht hat augenscheinlich keine Reue, in die Dinge tiefer hinauszusehen, denn es hat keine Zeugen geladen, die die Schwere der Angeklagten brechen könnten. Und doch wäre es auch in diesem Duell-Prozess von Wichtigkeit, festzustellen, ob es wahr ist, daß die pommerschen Agrarier mit völkischer Gesinnung den Plan hatten, Pommern von Preußen loszureißen und es mit Ostpreußen und der Grenzmark zu einem besonderen Staat zu vereinigen.

Der Ausgang des Prozesses ist, soweit die einzelnen Personen in Frage kommen, ohne Belang. Die politischen Hintergründe, die das Gericht augenscheinlich nicht aufheben will, wären allerdings von größerer Wichtigkeit. Aber da es sich um den „Stand“ ehemaliger Offiziere und Rittergutsbesitzer handelt, so wird man in Pommern nicht geneigt sein, diese „Stützen der Gesellschaft“ in ihrer Nacktheit zu zeigen!

Daniel in Doorn.

Von Georg von der Brück.

Daniel Schäfer, einem frommen Manne, ist es „vergönnt gewesen, in Doorn weilen und seine Beobachtungen machen zu dürfen“. Zurückgekehrt, hat selbiger Daniel in seiner Vermittlung nichts Eiligeres zu tun gehabt, als mit Sonne im Herzen ein Traftägen zu schreiben, dem sodann ein gewisser Sonnenweg-Verlag den Weg ans Sonnenlicht geöffnet hat.

In diesem Reisebericht, betitelt „Die Wahrheit über Doorn“, wird nun dem betäubten Bürger unserer Zeit allerhand herzbewegendes erzählt. Die wesentlichen Beobachtungen unseres Daniel sollen hier wörtlich mitgeteilt werden.

„Die Verpflegung war so reichlich und gut, daß wir uns ganz als kaiserliche Gäste fühlten.“ (Dein Banst ist bestechlich, Daniel!)

„Die Kaiserin trug einen einfachen grünen Mantel.“ (Wir müssen mal für sie sammeln, Daniel!)

„Jeden Arbeiter grüßt er mit einem Händedruck und steckt ihm persönlich die Zigarre oder Zigarette an.“ (Man sollte es doch nochmal mit ihm probieren, Daniel.)

„Es ist Tatsache, daß der Kaiser mit der Hochzeit mindestens drei Jahre lang warten wollte, indessen — der holländische Rebel verhinderte es.“ (Der holländische Rebel war auch dir nicht zuträglich, Daniel.)

„Es ist nicht wahr, daß der Kaiser eine neue Religion des Christentums schaffen will.“ (Und das hatten wir so bestimmt angenommen, Daniel!)

„Der Spaziergang des Kaisers in 1½ Jahren reicht im Längensmaß bis — Moskau.“ (Das muß in die Rechenbücher, Daniel.)

„Wir sehen das Holzhaus, wo er in 1½ Jahren tausende (!) von Baumstämmen jagte, um seine Nervenkraft aufrecht zu erhalten.“ (Um sein teures Leben sich selbst und den Unentwegten zu erhalten.)

„Als ein Erinnerungswort, um das ich ihn hat, schrieben Kaiser und Kaiserin in mein Gedächtnis: Joh. 15, 5 „Ohne mich könnt ihr nichts tun!“ Ohne wen man, armer Daniel, ohne „Sie“ oder ohne „Ihn“?

Kinder und Narren gehen unbeschädigt durch das Tal der Bäume. Der süße Daniel, der gleich seinem biblischen Namensvetter in der Bönengrube weilt, hat dieses nicht einmal bemerkt, er ist gleich den drei Narrern ganz ohne Brandgeruch aus dem heiligen Ofen zu uns zurückgezogen. Und mehr: Sein Gefühl hat sich erbart, und sein Saumen ist gelabt worden. Bloß, was am schwächsten seit jeher war an dem guten frommen Daniel, der Verstand, hat eine erschreckende Form angenommen, so daß man mit seinem Namensvetter sagen kann, Daniel 8,5:

„Und der Bock hatte ein anfänglich Horn zwischen seinen Augen.“

Im Theater am Schiffbauerdamm gab man gestern das „Verhängnisvolle Weib“, ein französisches Lustspiel von André Birabeau, dessen Titel weit mehr verspricht, als das Stück hält. Das Weib ist eigentlich gar nicht verhängnisvoll — darin besteht der Witz des Lustspiels —, sondern eine fast zu brave Ehefrau. Um seinen Vater zur ausgiebigen Offenhaltung seines Portemonnaies zu veranlassen, markiert der Sohn einen Selbstmord, und zwar einen Selbstmord aus unstillbarer Liebe. Da gerade kein anderes Objekt für die vorgetriebene Leidenschaft zur Hand ist, sucht er sich dazu die besagte harmlose Ehefrau aus, die durch die Affäre zur bestaunten Sensation wird. In den Mittelpunkt des Interesses gerückt, halb geschätzt, halb bewundert, lebt sie plötzlich auf. Die Handlung ist ganz hübsch irdisch, fließt aber sehr schwerfällig dahin, und der Rest des Lustspiels ist schredlich banal. Durch eine bemerkenswert ungeschickte Rollenverteilung wirkte es noch langweiliger als es ohnehin ist. Der Regisseur — Reinhard Brud — hätte nur nötig gehabt, die beiden männlichen Hauptrollen umgekehrt zu besetzen. Dag Waldert hätte nicht den Ehemann, sondern den Liebhaber aus Verlegenheit spielen sollen, den gestern Julius Falkenstein gab. Falkenstein besitzt eine prächtige Routine in der Darstellung griesgrämiger Typen. Dabei kommt ihm die natürliche Monotonie seines Tonfalls zugute, die aber in einer Hauptrolle allmählich ermüdend wirkt. Dag Waldert konnte aus der kümmerlichen Rolle, die ihm Birabeau geschaffen hat, nicht allzu viel machen. Dennoch oder erzielte er mit seiner bekannten trockenen Komik Beifall auf offener Szene. Sein Talent, Enttempores zu machen, ist unbezahlbar. Der Beifall war außerordentlich schmach. Vereinzelt war sogar Rischen vernehmbar.

Abbau bei den Thüringer Theatern. Infolge Sparmaßnahmen der thüringischen Regierung ist beabsichtigt, mit Ablauf der kommenden Spielzeit die Landestheater in Gotha und Sondershausen zu schließen und die Landestapellen von Gotha und Weimaringen auszulösen. Diese Nachricht erregt in ganz Thüringen größtes Aufsehen und stärkste Proteste, da der Staat Thüringen bei Uebernahme der einzelnen Landestheater zugelast hat, sie im besten, überlieferteren Sinne zu erhalten und weiterzuführen. Die beiden Bühnen sowie die Orchester bilden auf eine rühmliche künstlerische Vergangenheit zurück und es soll seitens der beteiligten Gemeinden alles daran gesetzt werden, die neuen Beschlüsse nicht zur Durchführung zu bringen. Es soll vor allen Dingen versucht werden, den hohen Zuschuß, den einzelne Bühnen, so das Deutsche Nationaltheater in Weimar, erhalten, herabzulassen und diese frei werdenden Mittel den bedrängten Bühnen und Orchestern zuzuführen.

Deutsche Erfolge gegen die Schlafkrankheit. Ueber die Wirkungen des neuen Mittels gegen die Schlafkrankheit, das „Bayer 205“ oder „Germanin“ genannt wird, hat der Direktor des Belgischen Instituts für Tropenmedizin Dr. Broden ein eingehendes Gutachten veröffentlicht, dessen wesentlichen Inhalt Brüsseler Blätter mitteilen. Broden erklärt, daß die Versuche, die mit „Bayer 205“ während der letzten drei Jahre zu Leopoldville im Kongogebiet und in Brüssel ausgeführt wurden, gewiß sehr wichtige Erfolge gezeitigt haben. Allerdings konnte das Mittel nicht mehr heilend wirken, wenn die Schlafkrankheit bereits im zweiten Stadium war, d. h. wenn das Nervensystem der Erkrankten bereits stark angegriffen war. Das Mittel

bewirkt jedoch das Verschwinden der Trypanosomen im peripherischen Blutkreislauf und verhindert so, daß der Patient noch als Ansteckungsquelle dienen kann. In den Fällen, in denen das Nervensystem der Erkrankten noch nicht angegriffen war, wurden Heilungen in großer Anzahl erzielt. Dr. Broden ist der Ansicht, daß „Bayer 205“ ein sanitäres Mittel ist, das noch verbessert werden kann und dann die legendärste Wirkung im Kampf gegen die Schlafkrankheit ausüben wird.

Hundert Jahre Stehkragen. Eines der wichtigsten Jubiläen dieses Jahres ist von der Deffektivität fast unbeachtet dahingegangen. Es ist nämlich nunmehr genau hundert Jahre her, seit ein Mann zum ersten Male einen Stehkragen anlegte. Die Geschichte des Stehkragens beginnt in einem kleinen englischen Dorf, wo die Frau des Schmieds aus Erbsparnisgründen dahinterkam, daß es besser sei, wenn ihr Mann zu seinem Hemd lose Kragen trage, statt an dem Hemd festgenäht. Diese Reform, die es mit sich brachte, daß man nicht festgenagelt war, das Hemd in die schmutzige Wäsche zu werfen, wenn der Krage dreiig war, verbreitete sich wie ein Lauffeuer in der ganzen Hochbarochheit und hat nach und nach die ganze Welt erobert. Diese Erobringung ist wesentlich dadurch begünstigt, daß der Londoner Kaufmann Ebenezer Brown in der Erfindung der englischen Huffschmiedegattin ein Geschäft waltete und einen Krageladen in London eröffnete.

Ein neues Scharlach-Serum. Aus Amerika kommt die Kunde, daß es den New Yorker Ärzten George und Glahys Dick gelungen ist, ein Serum herzustellen, das sich in hohem Maße zur Verhütung und schnellen und sicheren Heilung von Scharlach eignet. Bei den angestellten Kontrollversuchen wurden 115 Personen mit dem Serum geimpft. 63 von ihnen erlitten sich darauf als vollkommen immun gegen die Krankheit. Die restlichen 55 Personen erkrankten zwar, jedoch nur in leichter Weise und konnten bereits in wenigen Tagen als geheilt betrachtet werden, nachdem sie einige weitere Injektionen mit dem neuen Serum erhalten hatten. Gegenwärtig wird das Serum von einer Reihe von englischen Hospitälern erprobt. Abschließende Resultate liegen noch nicht vor.

Neuerwerbungen der Berliner Nationalgalerie. Im dritten Stockwerk der Nationalgalerie sind jetzt die jüngsten Neuerwerbungen ausgestellt: das berühmte Frühwerk Friedrich Overbecks „Christus im Hause des Lazarus“ (1815), Bildnisse und Zeichnungen von Friedrich Wasmann und das „Wetterhorn“ von Ernst Friedrich Döhme aus dem Jahre 1828. Zugleich findet dort eine Ausstellung von Jugendarbeiten des Dresdener Meisters Julius Häber (1846 bis 1882) statt, die in der Hauptsache aus dem Besitz der Nachkommen stammen.

U. W. Canaf-Goroky mochte am Sonntag der Aufführung seines Schauspiels „Der dreite Don Quixotte“ im Theater am Blomplatz bei. Er dankte persönlich den Darstellern, insbesondere dem Kapellmeister, und sagte, daß er über die eingehende Interpretation seines Dramas, vor dem er auch in Russland sehr gute Aufführungen gesehen, glücklich sei.

Die Licht-Gesellschaft, Ostgrube Berlin, veranstaltet heute im Hotel 38 des Hauptbahnhofes der Universität abends 8 Uhr einen Vortrag von Prof. Raiser-Berlin über „A. G. Dichte und das Deutschland“.

Eine Regierungskrise in Thüringen?

Die beiden völkischen Richtungen gegen die Regierung. — Vocarno der Stein des Anstoßes.

Weimar, 2. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Wie aus bestimmter Quelle verlautet, hat eine interfraktionelle Sitzung der Regierungsparteien und ihres Anhangs stattgefunden, die wegen der Wichtigkeit der angeblich zur Verhandlung kommenden Fragen auch von sämtlichen Ministern besucht war. In dieser interfraktionellen Sitzung wurde die Haltung der thüringischen Regierung zu Vocarno in ziemlich leidenschaftlicher Form besprochen, nachdem früher einmal vom Landtag und den Deutschnationalen der Regierung nahegelegt worden war, gegen Vocarno im Reichsrat zu stimmen. Die einzigen, die sich zum Schutze der Regierung einstanden, das waren die Volksparteiler, die wie immer in dem früheren Sonderhauser Ministerium ihren Sprecher hatten. Dieser erklärte, seine Fraktion stehe hinter Stresemann und billige daher den Schritt der Regierung. Wesentlich anders war natürlich die Meinung des Landbundes und der Deutschnationalen. Bedinglich aus Furcht vor der Desfestlichkeit, die die innere Zerrissenheit des Ordnungsbundes erkennen könnte, wollte man einen Personenwechsel in der Regierung vermeiden.

Die Ereignisse scheinen sich so zu entwickeln, daß zunächst auf eine Abberufung des Ministers Leutheuser gedrängt wird, weil er auch als Mitglied der deutschnationalen Reichstagsfraktion für Vocarno stimmte. An diesem Punkte setzten beide völkischen Fraktionen des Landtages ein. Dr. Dinter wie auch sein Kollege Böckow von der anderen Fakultät bedrohen die Regierung und machen ihr zum Vorwurf, sie sei den völkischen Wünschen in bezug auf die Ablehnung von Vocarno nicht entgegen gekommen. Man wird die Umbildung der Regierung verlangen und dabei — so verlautet — von völkischer Seite einen Vertrauensmann als Staatsrat entsenden. Bisher sträubte man sich dagegen, Dr. Dinter als Staatsrat vorzuschlagen, weil seine Wohl zum Staatsrat schlechte politische Wirkungen haben könnte. So will man sich denn mit einem Vertrauensmann, den die Völkischen benennen wollen, begnügen.

Wohl aber die Entwicklung den Völkischen nicht schnell genug geht, hat die Fraktion Böckow dem Minister Leutheuser wissen lassen, daß sie auf seiner Abberufung bestehen möchte. Der Vorsitzende der Fraktion, Abg. Böckow, hat den Minister Leutheuser eigens zu dem Zweck aufgesucht, ihm diese Mitteilung zu machen. Die Tatsache, daß nun auch die Fraktion Böckow zu den Widersachern der Regierung übergegangen ist, hat unter den Regierungsparteien große Bestürzung hervorgerufen. Alle ihre Bemühungen, die Lage der Regierung nach außen hin zu verbergen, werden scheitern, denn die Völkischen haben in ihrer Zeitung der Regierung den Kampf angefangen und werden ihn — wenn sie nicht umfallen — aufnehmen, bis ihre Wünsche nach einer neuen Regierung erfüllt worden sind. Wie weit ihre Spekulation auf einen Staatsratsposten sich erfüllen, bleibt abzuwarten. Ebenso unsicher ist das Schicksal des Etats, der immer noch einen ziemlich hohen Betrag aufweist, von dem man noch nicht weiß, wie man ihn decken soll.

Die Sozialdemokratie in Thüringen, die schärfste, aber sachlichste Opposition trieb, steht vorläufig als lachende Dritte beim Streit der Brüder und läßt die Dinge sich weiter entwickeln. Es hat den Anschein, als würde die Regierung von ihren eigenen Parteien verlassen wegen ihrer Haltung zu Vocarno und wegen ihrer Passivität gegenüber kleinlichen völkischen Wünschen. Dadurch, daß die thüringische Regierung für Vocarno stimmte, ist die sozialdemokratische Opposition nicht zum Stillstand gekommen. Wenn die Regierung sich dadurch die Freundschaft der Sozialdemokratie zu erwerben glaubte, so hat sie sich sehr geirrt. Die Zustimmung zum Vertragswert von Vocarno war für die Sozialdemokratie eine Selbstverleumdung. Und wenn jetzt die Abberufung des Justizministers Leutheuser verlangt wird, so wird damit eine sozialdemokratische Forderung aus den thüringischen Justizstellen unterstrichen. Ist es den Völkischen um die Befestigung des Justizministeriums zu tun, dann haben sie Gelegenheit, bei der Besprechung der sozialdemokratischen großen Anfrage über den Fall Frieders sich entsprechend einzustellen. Es wird sich dann herausstellen, ob die Völkischen wirklich ernstzunehmende Politiker sind. Die Sozialdemokratie hat keine Eile, denn für sie arbeitet die Zeit, und je länger die Ordnungsregierung in der Weise weiterregiert, desto größer ist nachher ihre Niederlage.

Was die „Rote Fahne“ verschweigt.

Der russische Gesandte in London hat anlässlich des Todes der Königin Alexandra an die englische Regierung folgendes Telegramm geschickt:

„Ich habe die Ehre, der englischen Regierung das tieffste Mitgefühl und die herzlichste Teilnahme meiner Regierung anlässlich des Verlustes auszusprechen, von dem Seine Königliche Majestät und die königliche Familie durch den Tod der Königin Alexandra betroffen worden sind.“

Es fragt sich nun, warum die kommunistische Presse, die sonst über jeden Quark aus der Tätigkeit der russischen Regierung berichtet, wie auf Kommando das oben wiedergegebene Telegramm tilgt.

Die neue Franken-Inflation.

Briand fordert sofortige Bewilligung der neuen Steuern.

Paris, 2. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die Regierung wird am heutigen Mittwochmittag im Anschluß an die Verlesung der Regierungserklärung einen Gesetzesentwurf einbringen, durch den die Regierung zu einer Vereinbarung mit der Bank von Frankreich ermächtigt wird, die gesetzliche Höchstgrenze der Vorkaufe an den Staat um 5 Milliarden und die des Notenumlaufs um 7,5 Milliarden zu erhöhen. Die Vorlage enthält darüber hinaus Bedingungen zur Deduktion dieser neuen Inflation. Durch Zuschläge auf eine ganze Reihe direkter und indirekter Abgaben, insbesondere auf die Einkommensteuer und die Stempelsteuer sowie die Abgaben für Tabak und Alkohol, sollen bis zum Herbst 1913 5 Milliarden aufgebracht werden, um die neuen Vorkäufe der Bank zurückzuzahlen und die neu in den Verkehr gebrachten Notizen einzuziehen. Die Regierung wird die Dringlichkeit für die Verabschiedung dieses Gesetzes beantragen, und die Vertagung der eingehenden Interpellationen fordern. Briand wird heute nachmittag die Vertrauensfrage stellen und verlangen, daß die Vorlage noch am Mittwochabend, gegebenenfalls in einer Nachsitzung, verabschiedet wird.

Die britische Unterhausmehrheit hat die gerichtliche Verfolgung der kommunistischen Propaganda in Meer und Flotte gebilligt, indem sie den Richterspruch der Arbeiterpartei mit 351 gegen 127 Stimmen ablehnte; eine Anzahl Liberaler enthielten sich der Stimme. Der konservative Innenminister „enthüllte“, daß der kommunistische Abg. Sokoloff 300 Pfund von Moskau für seine Wahlkosten erhalten habe.

Rauhreif.

Wer kann von dem Tod der Natur im Winter sprechen, wenn er ihre schimmernden Wunder sieht. Eine Mannigfaltigkeit der Formen und Offenbarungen, die immer wieder den hinterstehen muß, der mit offenen Augen sieht. Eisblumen an den Fenstern, die der genialste Maler nicht reichen könnte und als schimmerndes Wunder, wenn nach kaltem Frost wärmere Luft kommt, Rauhreif an Bäumen, Sträuchern, Gräsern, Bänken, Mauern, Telegraphenbräthen, überall, wo sich verdunstendes Wasser an kälteren Körpern festsetzen und kristallisieren kann. Die feinen Verzweigungen der Bäume und Sträucher kommen doppelt schön zur Geltung, und inmitten der gläsernen Pracht sitzen wie ein Baumstumpf ausgeplusterte Spähen. Ist es schon inzwischen ein zaubernder Anblick, so sollte, wer tagsüber arbeitet, es nicht versäumen, in den Vollmondnächten wenigstens eine halbe Stunde durch einen Park zu gehen. Wäre die Kälte nicht, so könnte man glauben, daß alle die Bäume und Sträucher in ein Meer von weißschimmernden Blüten getaucht seien. Die Gedanken schweifen in den Frühling, und Rainächte stehen in der Erinnerung auf. Und auch die Gewißheit, daß die Natur ewig wirkt und schafft, und der Kreis der Gezeiten sich zum Ringe zusammenschließen muß. In den feinen Kristallen, die wie ein Gewand die Bäume umschmiegen, spiegelt sich hunderttausendfältig der Glanz des Mondlichtes wider, und unten in den Büschen arbeitet es noch wieder für den kommenden Frühling. Doch der schönste Rauhreif ist für den, der obdachlos und hungernd durch die Straßen irrt, nach Wärme glühend, nur ein Ausbruch der grimmigen Winterkälte. Essen- und Schlafentzug wollen wenigstens ihren notdürftigsten Spielraum haben, ehe das Auge sich an der Schönheit des Winters streuen kann. Hier tritt die Verantwortlichkeit der menschlichen Gesellschaft fordernd auf, denn vom Rauhreif betroffene obdachlose Menschen sind ein anklagender Beweis, daß die menschliche Gesellschaft noch immer in ihren Gezeiten für die einen ewigen Frühling und die anderen die bitteren Entbehrungen und winterlichen Tod ohne Aufrechterhaltung bringt.

Der Kampf gegen den Schnee.

Der in der heutigen Nacht eingetretene starke Frost hat die Arbeiten der Straßenreinigung nicht unerheblich erschwert. Die Maßnahmen des Stadtschultheißens setzen jetzt hauptsächlich der Beseitigung der Glätte, die am gestrigen Dienstag mehrere Opfer, darunter einen Todesfall gefordert hat. Allerdings trifft die Schuld an diesen Unfällen nicht die städtische Straßenreinigung, sondern sie sind auf die oft sehr mangelhafte Reinigung und Streuung der Bürgersteige zurückzuführen. Heute morgen hat die Verwaltung der städtischen Straßenreinigung wieder ihr gesamtes Stammpersonal von etwa 3000 Personen und darüber hinaus noch eine vermehrte Anzahl von Hilfskräften aufgebieten, so daß heute im ganzen etwa 5800 bis 6000 Mann zur Schneebeseitigung zur Verfügung standen. In den Hauptverkehrsstraßen der Stadt sind außerdem etwa 1000 Fuhrwerke zur Fortschaffung der zusammengemüllten Schneemassen unterwegs. Auch die 200 Schneefläge sind wieder eingesetzt, um die Nebenstraßen nach Möglichkeit vom Schnee, der inzwischen angefroren ist, freizumachen.

„Klassenjustiz“.

Eine Zwischenbetrachtung zum Falle Boshmer.

Man schreibt uns von juristischer Seite: Der Fall der Gräfin Boshmer will nicht zur Ruhe kommen. Es vergeht kein Tag, ohne daß nicht in der einen oder anderen Zeitung eine diesbezügliche Notiz erscheint. So wird zwischen Urteil erster Instanz und Berufungsverhandlung eine erneute Betrachtung notwendig. Einundfünfzig Zeugen, siebenstägige Verhandlung. Der Staat hat viel Geld übrig. Deshalb sind die Schwurgerichte abgeschafft, der Einzelrichter eingeführt, die gesamte Gerichtsverwaltung umgestoßen worden. Der gräßliche Titel kommt dem Steuerzahler selbst heute noch teuer zu stehen — ein Ueberrest früherer Zeit. Vielleicht legt sich die zweite Instanz eine sachgemäße Selbstbeschränkung auf — im Gegensatz zu ihrem Vorgänger und zum Ruhme der Sensationspresse. Was geht aber diese die Desfentlichkeit an: Was haben die intimen Beziehungen und die sonstige häusliche Schmutzige Wäsche der gräflichen Familie mit dem Tatbestande des Diebstahls zu tun? Sollten sie der Feststellung der Tatsache dienen, daß die Gräfin schuldig sei, einen Diebstahl zu begehen, da sie auch sonst nicht standesgemäße Gewohnheiten hatte? Bei einfachen Sterblichen fragt das Gericht doch nicht danach, ob der Angeklagte inmunde gewesen war, seinem ganzen Wesen gemäß, irgendeinen Diebstahl zu begehen. Es heißt da nur: hat er es getan oder nicht.

Das Berufungsverfahren in der Sache der Gräfin soll beschleunigt werden — die zweite Verhandlung wird, wie verlautet, bereits Mitte Dezember stattfinden. Beschuldigt diese Elite? Weil der Haftbefehl wegen Verdunkelungsgefahr nicht aufgehoben werden kann. Ja, dann muß die Gräfin eben von der Haft aus nicht weniger geduldig auf die Verhandlung warten, als dies auch sonst von verurteilten Menschen geschieht. Geheft den Fall, das Stubenmädchen der Gräfin hätte ihr ein paar bunte Lappen gestohlen. Sie wäre natürlich sofort in Untersuchungshaft gekommen. Der Einzelrichter hätte sie ohne viel Federlesens verurteilt. Und wollte sie das Urteil nicht annehmen, sie wäre in Haft geblieben so lange, als normalerweise der Gang des Verfahrens es verlangt hätte. Und die Frau Gräfin hätte wohl voll Entrüstung über die Undankbarkeit „dieser Person“ eine Moralphause gehalten. Hier aber, wo es sich um eine Gräfin handelt — beschleunigtes Untersuchungsverfahren, beschleunigte Anlegung des ersten Termins, beschleunigtes Berufungsverfahren. Vielleicht ist die Inhaftierung der Gräfin Boshmer nicht nötig; sie ist es bestimmt nicht. Doch ebensomenig notwendig und vielleicht noch weniger sind die Inhaftierungen der vielen hundert kleinen Diebe, die monatlang in der Untersuchungshaft ihrer Aburteilung harren. Man hat noch viel gehört, daß Frauenorganisationen oder etwa gar der Bund für Mutterchutz sich für diese kleinen Leute eingesetzt hätten. Mögen sie doch ihre Vertreterinnen in die Verhandlungen des Einzelrichters schicken und sich überzeugen, wie es da zugeht.

Und alles nur, weil eine Gräfin gestohlen hat. Sensationelles Ereignis! 25 Korrespondenten. Uebersange Berichte. Langatmige Schlußbetrachtungen. Stehlen denn Gräbinnen und ihresgleichen wirklich so selten? Was wissen wir davon! Das „Unglück“, der „Fehltritt“ bleibt in der Regel im Schoße der Familie begraben. Hier passierte ein Malheur; der großadeliche Freund hatte einen überreifen Schritt getan; der Polizeiparapparat war ins Rollen gekommen, der Selbstmord des Grafen hatte der Sache die sensationelle Pointe gesetzt — da gab es keinen Halt mehr.

Und die Strafe?! Der großadeliche Freund hatte längst verzehren, weggelassen waren Bogatellen — trotzdem ein Jahr Gefängnis. Du lieber Himmel, eine gerinalugige Gefängnisstrafe mit Bewährungsfrist, ganz so wie es kleine Diebinnen unter Umständen bei human empfindenden Richtern erhalten, wäre wahrhaftig für diese kleine gräfliche Diebin am Platze gewesen. Was hat nun aber das Reichsgericht Urteil zu befehlen? Es war ein standesgemäßes Urteil. Hatte doch der Herr Graf als Zeuge gesagt: „Frauen unseres Standes sind anders zu beurteilen als Frauen sonst.“ Und demgemäß bedingte der Herr Staatsanwalt: Die Angeklagte gehört zu den Kreisen, die noch heute gewissermaßen zu den edelsten der Nation zu rechnen sind. Um so schärfer müßte sie angefaßt werden, wenn sie zu verurteilten Taten geschritten ist. So entschied das Gericht: ein Jahr Gefängnis. „Klassenjustiz“ verfehlt. Die Berufungsinstanz wird sich auch im Urteil eine weise Beschränkung auferlegen müssen.

Die Gesunbeterin.

Eine „Gesunbeterin“ wurde in Neukölln festgenommen. Einer Frau M. in der Kreschendorfer Gasse saßen zwei Jüngerinnen im Speisezimmer zum Kauf an. Während der Unterhandlungen erfuhr sie, daß der Ehemann M. krank zu Bett lag. Da erbot sich die ältere Jüngerin, ihn sofort gesund zu beten. Sie erbot sich zu dem Zwecke von Frau M. ihre Barschaft und ein Hemd ihres Mannes. Die Frau gab ihr 110 Mark. Die Jüngerin tat so, als ob sie die Scheine in das Hemd einwickelte, reichte dieses dann Frau M. zurück mit der Bemerkung, es in den Waschkübel einzuschließen und ihr den Schlüssel zu geben. Nach vier Stunden, die Frau M. mit Beten ausfüllen sollte, während sie das draußen besorgen wollte, wurde sie zurückgeführt. Der Frau M. fliegen aber doch bald Bedenken auf. Sie öffnete den Waschkübel mit ihrem zweiten Schlüssel, trennte die Nacht in Hemde auf und fand darin statt ihrer 110 Mark nur ein Zeitungsblatt eingeklemmt. Sie lief eilte sie den Jüngerinnen nach und hatte auch das Glück, sie in der Hermannstraße zu treffen. Die „Gesunbeterin“ gab ihr sofort das Geld zurück und bat, sie laufen zu lassen. Frau M. ließ sie jedoch durch den nächsten Schupobeamten verhaften. Auf der Wache wurde die Jüngerin als eine Meta Herzberg von der Behmestraße 35 in Pantow festgesetzt.

Auf der Arbeitsstelle verunglückt. Der in der Anhaltischen Maschinenfabrik in der Kischstraße beschäftigte Valentin Gankewitz aus der Weißstraße 47 wurde heute vormittag von einer herunterfallenden Eisenplatte schwer verletzt. Ein Wagen des Städtischen Rettungsdienstes brachte den Verunglückten nach der Unfallklinik Johannstraße, wo eine schwere Kopf- und Rückenverletzung festgestellt wurde.

Fort mit den Fahrdrachlokomotiven!

Eine Forderung der Bergarbeiter.

Wie dem Sozialdemokratischen Pressebüro aus Bochumer Bergarbeitertreien mitgeteilt wird, dürfte die Ursache der Schlagweiterexplosion auf Zeche Bothringen III, der fünf blühende Menschenleben zum Opfer gefallen sind, wiederum auf Fragen der elektrischen Fahrdrachlokomotive zurückzuführen sein. In eine Reihe größerer Unglücksfälle der letzten Zeit dieselbe Ursache haben, so fordert die Arbeiterschaft jetzt mit allem Nachdruck die Abschaffung der Fahrdrachlokomotiven und ihre Ersetzung durch Drehstromlokomotiven. — In der vergangenen Nacht ist einer der Schwerverletzten des Grubenunglücks auf Zeche Bothringen III seinen ausvollen Leiden erlegen; zwei weitere Schwerverletzte befinden sich in Lebensgefahr.

Die „Deutsche Studiengesellschaft für Funkrecht“. Unter Führung des Deutschen Anwaltsvereins, Leipzig, hat sich am 24. November dieses Jahres in Leipzig die „Deutsche Studiengesellschaft für Funkrecht“ konstituiert. Die neue Gesellschaft, die ihren Sitz in Leipzig behält, will die Wissenschaft des Funkrechts fördern und an einer zweckmäßigen Gestaltung des deutschen und internationalen Funkrechts mitarbeiten. Die Ergebnisse der Arbeiten der Gesellschaft werden der Öffentlichkeit vorgelegt werden. Dem Vorstand der Gesellschaft gehören folgende Herren an: Reichsgerichtspräsident Dr. Simons, Justizrat Dr. Deuker, Vorsitzender des Deutschen Anwaltsvereins, Professor Dr. Kieser-Erlangen, Professor Dr. Osterrieth, Berlin, Professor Dr. Metz als Vertreter der Heinrich-Hertz-Gesellschaft, Graf v. Arco als Vertreter der Industrie, Dr. Magnus als Vertreter der Sendegesellschaften, Hofrat Sinnemann vom Börsenverein der deutschen Buchhändler, Professor Dr. Engländer als Vertreter der Autoren. Dem Vorstand wurde Ermächtigung erteilt, sich Vertreter des Reichspostministeriums und des Reichsjustizministeriums beizugeben.

Unwetter in Florida. Ein orkanartiger Wind und Regensturm, der die Floridastüste heimsuchte, richtete großen Schaden in vielen Ortschaften, u. a. in St. Petersburg und Miami an. Bei einem Hauseinsturz in Davis Island wurden vier Menschen getötet, 18 verletzt, in Miami stehen viele Straßen unter Wasser.

Internationales Schachturnier in Moskau. Bogoljubow siegte gegen Loewenfish, Rubnowitsch gegen Jates, Torre-Gothill remis, Subarew siegte gegen Samisch, Bogoljubow siegte gegen Samisch, Capablanca-Spielmann remis, Berlinst siegte gegen Rubnowitsch, Loewenfish gegen Vaster, Rubnowitsch-Berlinst remis, Genewalt siegte gegen Jates, Gotthil-Spielmann remis, Bogoljubow gegen Jates remis.

Wetterbericht aus Oberhof (Thür). Barometer 691 Millimeter, 3 Grad Wärme, Schneehöhe 10 cm. Wind aus Westen, Spoorverhältnisse für Ost und Nord gut, starker Schneefall.

Sport.

Die gestrigen Boxkämpfe.

Selten hat vor dem Sportpalast in der Potsdamer Straße eine so große Menschenmenge Einlaß begehrte wie am gestrigen Abend. Schon gegen 1/8 Uhr legte der Hauptsturm ein, dem sich die Polizei in keiner Weise gewachsen zeigte. Auch die Organisation im Haupteingang wie im Sportpalast selbst ließ viel zu wünschen übrig. Gegen 1/8 Uhr ertönte der Gong zum ersten Kampf und brachte die Bekämpften zum Ring. Der „Olympiasieger“ Frisch entlastete etwas. Enkel war technisch besser. Der ihm zugeprophete Punktsieg war gerecht. Unter großem Beifall des Publikums kletterten dann die Mittelgewichtler Molina (144 Pfd., Frankreich) und der Kölner Domgörgen (140 Pfd.) durch die Ringe. Die erste Runde verlief auf beiden Seiten abwartend. In der 2. Runde schließt Molina mächtig vor, doch der Techniker Domgörgen versteht sich gut abzumachen. Nach 10 Runden wird das Urteil des Schiedsrichters Unentschieden verkündet. Domgörgen lag etwas im Vorteil, doch reichte die Punktzahl für einen Sieg nicht aus. Unter der größten Spannung des Hauses betraten dann Paolino und kurz darauf Breitensträter den Ring. Paolino bringt 183 Pfd. in den Ring, denen Breitensträter nur 168 Pfd. gegenüberstellen kann. Bereits in der ersten Runde rückt Breitensträter mächtig ins Feld und es gelangen ihm 2 Rechten. Im weiteren Verlauf des Kampfes zeigt Breitensträter trotz seines Schwergewichtes gute Technik. Aber Paolino ist in der Tat der Stärkere. Ein Koloh mit einem Stierkopf, der seine Hiebe genau abgewägt ausstellt. Breitensträter gelingt es fast immer links abzuhängen, um dann blitzschnell rechts zu schlagen. In der 7. Runde jedoch erteilt Breitensträter das Verhängnis. Durch einen rechts angelegten Regenstoß muß Breitensträter bis 8 zu Boden. Keum erhebt er sich, trifft ihn ein neuer mächtiger Hieb. Der Ringrichter zählt bis vier. Da ertönt der rettende Gong. Noch sichtlich benommen geht Breitensträter in die 8. Runde, die er tapfer durchhält. Der Beifall ist riesengroß. Doch schon naht das Verhängnis in der neunten Runde. Paolino geht ungestüm vor und nach einem Hapel von Schwingern und Haken muß Breitensträter auf die Bretter. Paolino ist Sieger, von allen Seiten stürmisch begrüßt. Auch dem deutschen Meister wird großer Beifall zuteil, der sich tapfer und ehrenvoll gehalten hat.

Den letzten Kampf, einem Ausscheidungskampf über 12 Runden, bestritten die Federgewichte Schell und Drelopf. Schell ist fabelhaft in Form und geht ungestüm gegen Drelopf vor, der aber gut abdeckt. Bereits in der 3. Runde muß Drelopf bis 6 zu Boden. In der 4. Runde geht Drelopf sichtlich erholt zum Angriff über, muß aber auf einige Schwingen und Haken Schells bis 8 und kurz darauf nochmals bis 8 zu Boden. Schell bleibt weiter in brillanter Form, bis ihn in der 6. Runde ein regelrecht Mierenschlag Drelopf trifft, der ihn auf die Bretter bringt. Drelopf wird disqualifiziert und Schell als Sieger erklärt.

Durchgreifende Hilfe den Erwerbslosen

Das AFA-Ortskartell zur Erwerbslosenfrage.

Der Vorstand des AFA-Ortskartells Berlin hat sich seit Wochen wiederholt, zuletzt in seiner Sitzung vom 25. November, mit den Fragen der Erwerbslosenfürsorge und den sogenannten „Notstandsarbeiten“ beschäftigt.

Rein Baruf hat ja so unter der — oftmals von den Unternehmern gewaltsam herbeigeführten — Arbeitslosigkeit zu leiden wie der der Angestellten.

Als einmütige Ansicht des Vorstandes des Ortskartells konnte festgestellt werden, daß die Ausführung von Notstandsarbeiten nicht etwa insulogen „glättweg“ empfohlen werden kann, sondern nur dann, wenn für solche Notstandsarbeiten die tarifmäßige Bezahlung erfolgt, wobei vorher festzustellen sein muß, daß es sich nicht um Arbeiten handelt, die an sich schon planmäßig von privaten oder behördlichen Arbeitgebern ausgeführt werden müssen. Der Vorstand des AFA-Ortskartells Berlin befindet sich hierbei in völliger Uebereinstimmung mit den zentralen Körperschaften des AFA-Bundes, wie AFA-Vorstand und Bundesauschuß.

Auch die S.P.D.-Fraktion der Berliner Stadtverordnetenversammlung tritt bei dieser Angelegenheit in einem eingebrachten Antrage den gleichen Standpunkt, der bei den gegenwärtigen Verhältnissen im Stadtparlament wohl auch zur Geltung kommen dürfte. Bei solcher Sachlage konnte der Ortskartellvorstand davon absehen, seine Ansichten den Gemeindeförperschaften nochmals besonders zur Kenntnis zu bringen. Auch

ein Vorstelligwerden beim Wohlfahrtsministerium konnte für das Ortskartell nach den von den freien Gewerkschaften gemachten Erfahrungen zurzeit nicht in Frage kommen. Die besonders die Interessen der erwerbslosen Angestellten verlebenden, zum Teil rechtlich ansehbaren Entscheidungen einzelner, „als beamtenmäßig“ eingestellten Dezenten dieses „sozialen“ Ministeriums in Bezug auf die Unterstützungsdauer, die weitere Beschäftigung von Angestellten in Erwerbslosengruppen usw. sind zu bekannt, als daß erwartet werden dürfte, der gewiß vorhandene Wille des Ministers, zu seinem Teil der Erwerbslosigkeit zu steuern, könnte praktisch in die Tat umgesetzt werden.

In der geführten Diskussion wurde weiter festgestellt, daß der AFA-Bund — zentral und örtlich — stets dafür eingetreten ist, daß 1. die Unterstützungssätze zu erhöhen sind, 2. die „Bedürftigkeitsklausel“ fällt und 3. die Kurzarbeiterunterstützungen wieder eingeführt werden. Die im Reichstag neu eingebrachten, vom Ortskartell Berlin nachdrücklich unterstützten Anträge Aufhäuser, Siebel, Hoch und Genossen zeigen deutlich, welche Beschlüsse vom Reichstag gefaßt werden müssen, um mit Reichsmitteln besonders den älteren erwerbslosen Angestellten und Arbeitern zu helfen, ihre Unterbringung in Stellungen zu erleichtern und die Frage der Krankenversicherung besser als bisher im Interesse der erwerbslosen Angestellten zu regeln.

Kettet Menschenleben!

zum Schlagwetterungslud auf der Zeche Lothringen.

Sam Steiger Werner wird uns geschrieben:

Wieder hat eine Explosion im Ruhrrevier auf der Zeche Lothringen bei Gerthe einige Knappen getötet. Bis jetzt sind fünf Todesopfer gemeldet, aber weitere folgen sicher, denn gerade Verbrennungen und Kohlenoxydgasvergiftungen führen, auch wenn sie im Anfang weniger gefährlich erscheinen, sehr leicht zum Tode. Das Mitleid mit den Opfern der finsternen Röhre der Tiefe regt sich jetzt wieder überall, dabei sollte man aber gerade bei einer solchen Gelegenheit daran denken, daß der lässliche Unfall im regelmäßigen Bergbaubetrieb aus anderen Ursachen viel, viel mehr Opfer fordert.

Mit grausamer Unerbittlichkeit holt sich der Tod regelmäßig im Durchschnitt eines Jahres auf 1000 Beschäftigte 1,4 bis 2,0 Opfer. Das sind z. B. an der Ruhr bei etwa 480.000 Beschäftigten insgesamt 600—900 pro Jahr oder 2 bis 3 Mann pro Arbeitstag. Diese Todesziffern herabzudrücken, ist jenes Ziel im Bergbau, welches die größten Erfolge verspricht. Daß eine Möglichkeit vorhanden, erkennt man sehr klar, wenn man die Unfallziffern der großen Bergbau treibenden Länder, und zwar Englands, Deutschlands und Amerikas, miteinander vergleicht, die im großen ganzen gesehen sehr wohl miteinander verglichen werden können.

Es verunglückten im Jahre 1924 in England auf 907 108 Beschäftigte insgesamt 1198 oder 0,98 ‰, in Deutschland auf 886 968 Beschäftigte insgesamt 1400 oder 1,72 ‰ und in Amerika auf 528 287 Beschäftigte insgesamt 2381 oder 2,87 ‰ zu Tode. Sieht man die Todesziffern in Deutschland gleich 1,0, so war sie in England 0,57 und in Amerika 1,66. Man ersieht aus diesen Ziffern, daß wir zwar erhebliche weniger Tote als in Amerika zu verzeichnen haben, daß wir aber gegenüber England sehr ungünstig abzuheben. Ueber die Ursachen, worauf diese Unterschiede zurückzuführen seien, wird noch gestritten. Aber die Wege, die man in England gegangen ist, um die Todesziffer langsam und sicher herabzudrücken, zeigen uns, wo der Hebel anzusetzen ist. England ist im Erlaß von Unfallverhütungsvorschriften weniger stark als wir; die Zahl der Paragraphen ist nur ein Drittel so groß als bei uns. Dagegen wird viel mehr auf die individuelle Sicherung Wert gelegt und die Hebung des Verantwortlichkeitsgefühls des einzelnen systematisch gefördert.

Zu dem Unglück auf der Zeche Lothringen sei noch bemerkt, daß den Pressmitteilungen nach zu urteilen das Gesteinsstaubverfahren wieder die Ausbreitung der Explosion verhindert hat. Sollte das der Fall sein, ist das ein Erfolg auf dem Gebiete der Schlagwetterbekämpfung, der sehr hoch eingeschätzt werden muß. Gerade die Deffenlichkeit muß sich darüber klar sein, daß es, solange es Bergbau gibt und solange Menschen in der Erde Lampen gebrauchen und geklopft wird, bei einem unglücklichen Zusammentreffen verschiedener Zufälle eine Entzündung der Schlagwetter stattfinden kann. In der Macht der Menschen liegt es nur, diese Möglichkeit auf ein Minimum einzuschränken, und darüber hinaus die Ausbreitung eines Unglücks zu verhindern. Wenn wir die englische Unfallziffer erreichen, heißt das, daß bei uns jährlich etwa 300 bis 400 Menschen weniger zu Tode verunglücken.

Der Zusammenschluß der Keramarbeiter.

Die Verschmelzungsfrage im Glasarbeiterverband.

Dem Verband der Glasarbeiter wird uns geschrieben: Wie bekannt, hatten die Glasarbeiter im Frühjahr dieses Jahres in einer Abstimmung beschlossen, den Uebertritt zum Baugewerksbund vorzunehmen. Der von den Glasarbeitern zuletzt gemachte Vorschlag, den Uebertritt bereits zum 1. Juli zu vollziehen, konnte nicht erfüllt werden, weil mittlerweile der Plan eines selbständigen Keramarbeiterverbandes ausgetaucht war, und es war damit zu rechnen, daß der Gewerkschaftskongress diesen Plan gutheißen würde. Glasarbeiter und Baugewerksbund glaubten bei den Verschmelzungsverhandlungen, daß es gelingen würde, die Keramarbeiter im Baugewerksbund zusammenzufassen, dem die Töpfer bereits angehören.

Diese Hoffnung wurde zunächst, nachdem es sich herausstellte, daß die Porzellanarbeiter diesen Weg nicht mitgehen wollten. Ihre Berührungspunkte liegen in der im Fabrikarbeiterverband organi-

sierten Keramarbeiterverband war nicht geneigt, die Arbeiter der Keramarbeiter zugunsten eines selbständigen Keramarbeiterverbandes herauszugeben. Er machte jedoch den Vorschlag, innerhalb des Fabrikarbeiterverbandes diesen keramischen Verband gründen zu lassen.

Nachdem festgestellt worden war, daß ein selbständiger Keramarbeiterverband nicht mehr zu erreichen war, wurden Verhandlungen mit allen beteiligten Verbänden über den Vorschlag des Fabrikarbeiterverbandes gepflogen. Die Verhandlungen fanden zum Teil in Anwesenheit der Vertreter des AFA, statt und alle Beteiligten kamen zu dem Schluß, daß ein anderer Weg, die Keramik zusammenzufassen, nicht mehr gegeben ist.

Der Vorstand des Glasarbeiterverbandes konnte jedoch allein den Abstimmungsbeschluss nicht umändern und aus diesem Grunde wurde eine Beiratskonferenz einberufen, die folgende Entscheidung faßte:

Durch die Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses in Breslau und die Bestrebungen zur Zusammenfassung der keramischen Verbände in eine Organisation ist der Uebertritt der Glasarbeiter in den Baugewerksbund nicht mehr zu erwarten. Diese Auffassung wird von allen beteiligten Verbänden und dem Vorstand des AFA vertreten.

Derhalb beauftragt die am 29. und 30. November 1925 tagende Beiratskonferenz des Glasarbeiterverbandes den Hauptvorstand, die Verhandlungen mit den Verbänden der Fabrikarbeiter und Porzellaner zur Schaffung eines keramischen Verbandes als Gruppe im Fabrikarbeiterverband tatkräftig fortzuführen und soweit zum Abschluß zu bringen, daß durch Abstimmung auf dem bald einberufenden Verbandstag der Uebertritt in den keramischen Verband beschlossen werden kann, sofern die Uebertrittsbedingungen genügen.

Für den Fall, daß die Verhandlungen mit den beiden genannten Verbänden bis zum Verbandstag nicht abgeschlossen werden können, sollen Verhandlungen mit dem Fabrikarbeiterverband allein geführt werden, die dem Verbandstage die Möglichkeit geben, einen Uebertritt des Glasarbeiterverbandes in den Fabrikarbeiterverband zu beschließen, obwohl das Ziel, den keramischen Verband zu schaffen, damit nicht voll erreicht wird.

Im übrigen nimmt die Konferenz der Glasarbeiter mit Bestreben von dem Schluß der Beiratskonferenz der Porzellaner Kenntnis, weil in dem Beschluß nur von Verhandlungen mit dem Fabrikarbeiterverband gesprochen wird, während die Organisation der Glasarbeiter überhaupt nicht erwähnt ist.

Herner beschäftigte sich die Konferenz mit dem Gesundheitschutz für die Glasarbeiter und mit der Einführung der pneumatischen Gasmaskenpreise. Sie verlangt von der Regierung ein Eingreifen, damit endlich einmal die Gefahr der Krankheitsübertragung durch den gemeinsamen Gebrauch der Pfeife beseitigt wird, und die Einführung der pneumatischen Pfeife, soweit dies technisch möglich ist, durch Verordnung vorgeschrieben wird.

Syndikalistische Quertreiber.

Eine öffentliche Töpferversammlung nahm am Dienstag in den Residenz-Festsaal den Bericht entgegen von den Einigungs-verhandlungen zwischen dem Lokalausschuß der Töpfer und dem der Hochgruppe der Töpfer im Baugewerksbund. Anlässlich der Lohnbewegung, die im Oktober gemeinsam von beiden Organisationen geführt wurde, ist aus beiden Verbänden eine Kommission gewählt worden, die die Möglichkeit eines Zusammenchlusses prüfen sollte. Hinsichtlich vom Baugewerksbund, der in der Sitzung dieser Kommission am 16. November den Bericht führte, berichtete über den Verlauf der Sitzung.

Er zeichnete zunächst ein Bild von der Entstehung des ehemaligen Zentralverbandes der Töpfer, der sich aus den über das Reich verteilten einzelnen Fachverbänden bildete. Der Zusammenschluß zur Zentralorganisation war hauptsächlich aus der Erkenntnis heraus entstanden, weil durch die Zersplitterung in so viele kleine Fachverbände gegenüber dem sich zentralisierenden Unternehmertum nachhaltige Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse nicht durchgeführt werden konnten. Aus den gleichen Gründen erfolgte der Zusammenschluß im Baugewerksbund. Eine ersprießliche Arbeit könne nur dann geleistet werden, wenn sich die Angehörigen des Lokalausschusses, die den zentralen Gedanken perzipieren und an den längst überholten Fachverbänden festhalten, in dem einheitlichen Verbande, dem Baugewerksbund, zusammenschließen. Hinsichtlich be-

richtete weiter, daß eine Einigung in der Kommissionsitzung nicht zustande kam, da die Lokalausschüsse an ihrer Organisationsform festhielten.

In der ausgiebigen Diskussion, die nach dem Bericht einsetzte, verwarfen alle Redner des Lokalausschusses hauptsächlich den Lokalausschussgedanken und hielten zu der anarchistisch-kollektivistischen Einstellung ihres Verbandes. Die Verhandlungen sowohl wie die Verammlung hatten somit nur den Erfolg, den Mitgliedern des Baugewerksbundes als auch den Unorganisierten, die da glaubten, eine Einigung werde vom Vorstand des Baugewerksbundes hintertrieben, zu zeigen, daß dies nicht der Fall ist.

Die Zahl der Arbeitslosen in England betrug am 23. November 1 174 500, d. h. 21 737 weniger als in der vorigen Woche.

Wirtschaft

Preisabbau bei Markenwaren!

So wenig wir jemals an der Ausweitung der Preisabbauaktion der Reichsregierung zweifeln, so sehr ist es doch zu begrüßen, daß die mit ihrer Durchführung beauftragten Beamten sich an vielen Stellen eifrige Mühe geben, die Mißstände in der Preisbildung zu beseitigen. Hierbei gehört z. B. das Vorgehen der Regierung gegen die Auswüchse im Kartellwesen. Zu den Waren, die mit besonders hohen Handelszuschlägen belastet den Verbraucher erreichen, gehören die Markenartikel der verschiedenen Branchen. Wir haben selbst vor längerer Zeit eine Zahl von dazugehörigen Waren aufgezählt und die hohen Gewinnzuschläge auf diesem Gebiete dargestellt. Tatsächlich sind inzwischen von einigen Firmen Herabsetzungen des Kleinhandelspreises vorgenommen worden. Andere Firmen haben sich dagegen gewehrt. Wieder andere Lieferanten betonen, daß die Händler selbst, die sonst ihre Bereitwilligkeit zu einem Preisabbau nicht eindrucklich genug versichern können, gegen die Fabrikanten eine feindselige Stellung eingenommen haben, wenn ihnen der Preisabbau aufgegeben wurde.

Diese Mißstände waren Gegenstand einer Besprechung, die am vergangenen Sonntagabend im Reichswirtschaftsministerium stattfand und in der die Frage des Preisabbaus bei Markenartikeln mit den Interessentenvertretern verhandelt wurde. Ein Vertreter des Nahrungsmittelgroßhandels berief sich darauf, daß es dem Händler schlecht gehe und daß infolgedessen die Ermäßigung der Verdienstspanne für ihn nicht in Betracht komme. Man glaubt, auf den Preisabbau nicht verzichten zu können. In ähnlicher Richtung äußerten sich auch andere Interessentenvertreter; sie mußten sich von der Regierung sagen lassen, daß der Handel noch immer außerordentlich stark besetzt ist. So sei die Zahl der Parfümeriehändler noch dreimal so groß wie vor dem Kriege, die Rohhändler seien ebenfalls viel zahlreicher als früher.

Alles in allem scheint es noch immer, daß längst nicht alle Kreise des Handels ihre Stellung zum Verbraucher richtig erkannt haben. Es gibt offenbar immer noch genug Händler, die ihr Geschäft als eine Art Sinecure auffassen, bei der ein Risiko ausgeschlossen ist. Die große Zahl der Konkurse der letzten Zeit beweist doch nur, daß im Handel noch sehr viel unwirtschaftlich arbeitende Unternehmungen vorhanden sind, die selbst bei der künstlichen Hochhaltung der Preise nicht existieren können. Gesunde Zustände werden sich im Handel erst dann entwickeln, wenn wirklich wieder mit dem Bienenig gerechnet wird und nur diejenigen Unternehmungen bestehen bleiben, die bei kleinen Gewinnen auf die einzelnen Ware einzeln so großen Umsatz erzielen, daß sie damit auskommen, ohne daß der Kleinverkaufspreis durch den Gewinn künstlich belastet wird. Hält der Handel die Verdienstspanne künstlich hoch — und zu den Verdienstspannen gehören auch die Aufschläge für unwirtschaftliche Untkosten —, so läßt er sich schließlich selbst den Hintern einreißen. Er wird es dann den großen Verbraucherorganisationen nur erleichtern, mit dem Handel in wirksamer Konkurrenz zu treten. Er soll sich dann aber über die Folgen, die ganz zwangsläufig kommen, nicht beschweren.

Ausbau der Bank der kaufmännischen Genossenschaften. Die Bank des Odeon-Verbandes deutscher kaufmännischer Genossenschaften, Odeon-Bank a. G. m. b. H., beschloß in ihrer außerordentlichen Generalversammlung am Sonntag, die Geschäftsanteile von 1000 auf 2500 R., die Haftsumme von 8000 auf 15000 R. zu erhöhen. Durch diese Beschlüsse sind die Garantien der Odeon-Bank a. G. m. b. H. an Geschäftsguthaben und Haftsummen von 4 Millionen R. auf 6 Millionen R. erhöht worden.

Aus der Partei.

Von der Parteipresse.

Ein neues Parteiblatt löst (soeben seine erste Nummer ins Land gehen. Unter dem Titel „Volkswille“ erscheint seit dem 1. Dezember eine sozialdemokratische Tageszeitung für den Kreis Röhren im Freistaat Anhalt. Bisher wurden die Genossen in Röhren mit dem Parteiblatt aus Bernburg beliefert. Jetzt haben sie ein eigenes Organ, dessen politischer Teil vorläufig noch in Bernburg hergestellt, dessen Lokaldotation aber in Röhren selbst besorgt wird. Als Redakteur für diesen heimischen Teil ist Genosse Walter Schenk gewählt worden, der auch vielen Berliner Genossen besonders aus der Arbeiterjugend bekannt ist.

In ein eigenes Heim konnte die „Oberweser Volkszeitung“ in Holzminden (Braunschweig) überziehen. Das Blatt war Ende Juni 1919 zum erstenmal erschienen. Durch die schwierigen Zeiten der Inflation und ihrer Auswirkungen hat sich der junge Kampfgenosse glücklich in die Zeiten ruhiger Entwicklung gerettet. Jetzt konnte es ein eigenes Grundstück beziehen, um dort für weitere Kämpfe zu rüsten. Wir wünschen den beiden Mitstreitern besten Erfolg!

Verantwortlich für Politik: Gustav Kantor; Wirtschaft: Helmut Gadermann; Gemeindefürsorge: A. Gähler; Rechnungswesen: A. B. Böhner; Cefales und Gekülers: Reich Kretschmer; Angelegenheiten: Th. Heide; Schriftlich in Berlin: Verleger: Hermann-Berling a. G. m. b. H., Berlin, Brand: Kerpärdt-Buchdruckerei und Verlagsanstalt; Postamt: Berlin 533, Postfach 4112.

Berliner Elektriker-Genossenschaft
angegli. dem Verb. sozialer Baubetriebe
Berlin N 24, Elsässer Str. 86-88
Filiale Wexlau, Wilmsdort
Herstellung elektr. Licht-, Kraft- und Signalanlagen Verkauf aller elektrischer Bedarfartikel
Ausführung sämtl. Reparaturen
Preiswerte, gediegene Arbeit
Sensationeller Verkauf
von
Damen- und Kindermanteln
ab Verkaut ca. 8, 12, 15 Mk. u. s. l.
Weißenburger Straße 30a
1 Tr. links, Ecke Wörther Straße.

Fritz Reinmann
Flairgässer, Kaiserstraße 33
die billige Bezugsquelle für
Leinwand- und
Baumwollstoffe
von
Nassaustraße 110a

Korbmöbel! Sonderangebot!
An Private zu Ennepesprun
Eigene Fabrikate in geis- enen
Ausführungen kaufen Sie in
gro-er Auswahl und billig bei
Wilhelm Schulze
Monbijou str. 12, Hof part.
Nähe Hackescher Markt
Zahlungserleichterung
Telephon: 1. Alexander 4112

Neuerschienen:
Abreißkalender 1926
Preis 2.- R. M.
Rinderland 1926
Preis 1.25 R. M.
Zu haben in allen Vorwärts-Expeditionen, in der Buchhandlung J. H. W. Dies Nachfolger, Lindenstr. 2 und in der Vorwärts-Buchdruckerei, Lindenstraße 3, 4, Hof, 8 Treppen im Kontor.

Gardinen
Sonderangebote
Gegenst.-Räume
in Kasten
Vorne, Kaffee-
Küche und
Kleiderzimmer.
Kauf- und
Miete
Krause-
Pianos
zur
Miete
Ansbacher Str. 1,
10a

Tapeten
25 Pf. 30 Pf. 35 Pf.
Nischenmaßwerk in allen Größenlagen — herliche Muster
Tapeten für Puppenstuben — Livestock u. Fußmatten
Tapeten-Magazin Humboldt
Brunnenstraße 112, Ecke Voltastraße
nur 1 Stock, rein Laden
(Nischenmaßwerk, daher keine Kasse nötig)
Berliner Verkehrsbahn Nr. 1, Haltepunkt

Hatvanol-Zahnpulver
speziell für natürliche sowie
künstliche Zähne, Ob- und
Ersatzzähnen, Kronen.
Preis 0.15, 0.20, 0.75 R.
in Apotheken und Drogerien
zu verlangen.